

Heute an morgen denken – Für eine Wirtschaftspolitik, die Zukunftsperspektiven eröffnet

Antragsteller: Junge Union Kreisverband Saarlouis

Der Saarlandtag der Jungen Union Saar möge beschließen:

Der Strukturwandel stellt das Saarland vor existenzielle Herausforderungen. Sowohl beim Wirtschaftswachstum als auch bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung belegt das Saarland inzwischen den letzten Platz aller Bundesländer. Das ist unter anderem das Ergebnis von 13 Jahren Ressortverantwortung und drei Jahren Alleinregierung der SPD.

Daran muss sich etwas ändern. Wirtschaftspolitik ist Zukunftspolitik. Und unser Land muss zukunftsfähig werden. Dazu benötigt es eine vorausschauende, kluge Wirtschaftspolitik, die die Augen vor der Realität nicht verschließt und die gebotenen Maßnahmen zur Bewältigung der immensen Herausforderungen nicht länger verschleppt, sondern endlich ergreift.

Der Weggang von Ford, die gescheiterten Ansiedlungen von SVolt und WolfSpeed sowie der bereits angekündigte Stellenabbau etwa bei ZF und Bosch kosten unsere Region nicht nur tausende Arbeitsplätze, sondern auch wichtige Zukunftsperspektiven.

Derweil steht auch unsere die Stahlindustrie vor der historischen Aufgabe der Transformation hin zu grünem Stahl. Bei der Bewältigung dieser Herausforderung darf sie nicht allein gelassen werden, damit sie auch in Zukunft Garant für Wertschöpfung, Wohlstand und sichere Arbeitsplätze in unserer Region bleibt. Sie braucht Verlässlichkeit und Stabilität sowie eine spürbare Steigerung der Wettbewerbsfähigkeit des Standortes Saar, aber auch Deutschland, um international weiter mithalten zu können. Der Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen und des Klimas ist dabei keine abstrakte Zielvorgabe, sondern Triebfeder für die Wettbewerbsfähigkeit der Zukunft.

Neben der Industrie bilden Mittelstand und Handwerk das Rückgrat unserer Wirtschaft. Sie sichern Arbeits- und Ausbildungsplätze. Unter zu hohen Energiekosten und einem stetig wachsenden regulativem Druck mit immer neuen Berichtspflichten und bürokratischen Hürden leiden sie oft am stärksten. Hier braucht es neue Perspektiven und spürbare Vereinfachungen im täglichen Arbeiten, damit unsere Betriebe nicht nur fortbestehen, sondern auch wieder wachsen können.

Wir setzen daher auf Pragmatismus und Offenheit statt Ideologie und Gängelung. Wir denken Ökonomie und Ökologie nicht als Gegensätze, sondern als Zweiklang, mit der Marktwirtschaft als zentralem Element, damit das Saarland und unser Land kreis auch künftig Orte voller Zukunftsperspektiven bleiben.

I. Strukturwandel bewältigen – Industriestandort erhalten

Das Saarland ist geprägt von Industrie und Produktion. Sie sichern seit Jahrzehnten die Beschäftigung mehrerer tausend Arbeitnehmer. Durch den Strukturwandel steht all dies heute mehr denn je auf dem Prüfstand. Um diese Herausforderung zu meistern, bedarf es einer

Industrie- und Wirtschaftspolitik, die vorausschauend und verlässlich agiert, Probleme erkennt und standfähige Lösungen bietet.

1. Wirtschaft und Klima zusammendenken – Deindustrialisierung verhindern

Wir setzen auf Technologieoffenheit statt ideologischer Verblendung. Dabei sind wir geleitet von der Überzeugung, dass die Klimaziele nur zu erreichen sind, indem man Bevölkerung und Wirtschaft auf dem Weg mitnimmt. Das zentrale, marktwirtschaftliche Element ist für uns deshalb die CO₂-Bepreisung. Verbote zulasten einzelner Technologien, wie etwa das auf EU-Ebene beschlossene Verbrenner-Aus, lehnen wir ab. Sie führen dazu, dass Produktion wegverlagert, Arbeitsplätze abgebaut und Standorte geschlossen werden. Kurzum sorgen sie für eine schleichend voranschreitende Deindustrialisierung unseres Landes.

Um dem entgegenzuwirken, müssen bestehende Standortnachteile abgebaut und die Bedürfnisse industrieller Produktion ernst genommen werden. Vor allem im Bereich der Energieversorgung ist das produzierende Gewerbe nicht nur auf preislich wettbewerbsfähige, sondern auch ausreichend und zuverlässig verfügbare Energie angewiesen. Grundlastfähige Technologien, wie etwa die Kernenergie und Wasserkraft sind unerlässlich auf dem Weg zur Klimaneutralität. Windkraft und Solar allein werden die künftigen Bedarfe nicht ausreichend decken können.

2. Industrielle Arbeitsplätze als Zukunftsperspektive für die ganze Region

Der Erhalt unseres Industriestandortes geht weit über den die unmittelbaren Jobs in den Fabrikhallen hinaus. Industrie schafft zugleich die wirtschaftliche Grundlage für eine Vielzahl von Zulieferbetrieben und mittelständischen Unternehmen, die mit ihnen verflochten sind. Mit ihrem hohen Lohnniveau stärkt sie außerdem Kaufkraft und Konsum, wovon wiederum Gastronomie, Handel und Dienstleister profitieren. Jeder industriell geschaffene Arbeitsplatz wirkt weit über das einzelne Unternehmen hinaus und sichert die Zukunftsfähigkeit unserer gesamten Region.

3. Stahlindustrie transformieren – Wettbewerbsfähigkeit sichern

Der Strukturwandel stellt insbesondere auch die Stahlindustrie vor eine gewaltige Herausforderung durch die Umstellung auf grünen Stahl. Dieser benötigt in der Produktion erhebliche Mengen an Wasserstoff, von denen alles andere als sicher ist, dass sie rechtzeitig und zu marktfähigen Preisen zur Verfügung stehen werden. Um unsere Stahlindustrie auf dem Weg dorthin wettbewerbsfähig zu halten und die dortigen Arbeitsplätze zu sichern, werden tragfähige Übergangslösungen benötigt, die in Deutschland allerdings derzeit verboten sind. Wir setzen uns deshalb für eine Öffnung gegenüber der gesamten Farbpalette des Wasserstoffs, solange die ausreichende Versorgung mit klimaneutral gewonnenem Wasserstoff nicht gewährleistet ist.

4. Transformationsfonds sinnvoll einsetzen – Ansiedlungspolitik mit Substanz

Darüber hinaus setzen wir uns für die Schaffung neuer Arbeitsplätze ein. Deshalb war es richtig, mit dem Transformationsfonds zusätzliche Mittel für die Transformation der Saarwirtschaft zur Verfügung zu stellen. Nun müssen diese Mittel jedoch zielgerichtet, vernünftig und zukunftsfest abgerufen werden. Hier fehlt es der SPD Landesregierung offensichtlich an einer Vision fürs Saarland und einer zukunftsweisenden Ansiedlungsstrategie.

Bei der Ansiedlung neuer Unternehmen konkurrieren wir um Investitionen verstärkt mit anderen Ländern. Deshalb setzen wir uns für attraktive und wettbewerbsfähige Rahmenbedingungen ein. Statt planlos auf großangekündigte, am Ende aber nicht tragfähige

Leuchtturmprojekte zu setzen, brauchen wir eine Ansiedlungspolitik, die Unternehmen nicht allein nach politischen Prestigeinteressen ins Land zu holen versucht, sondern eine langfristig tragfähige Standortstrategie verfolgt. Dazu zählt auch eine optimale Nutzung bestehender Freiflächen, um Ansiedlungen schnell, kosten sparend und umweltschonend zu ermöglichen.

In diesem Punkt ist jetzt nicht die Zeit für Denkverbote. Aufgrund der außen- und sicherheitspolitischen Lage kann insbesondere in der Verteidigungsindustrie eine Chance liegen, um die gescheiterten Ansiedlungsversuche von Wolfspeed und SVolt wieder aufzufangen und neue Arbeitsplätze zu schaffen. Eine aktive Ansiedlungspolitik sorgt nicht nur für eine langfristig sichere Perspektive industrieller Wertschöpfung, sondern ist auch geopolitisch in unserem Sicherheitsinteresse.

5. Kommunen als gleichberechtigte Partner einbinden

Für uns ist selbstverständlich, dass Ansiedlungen nur in enger Abstimmung mit den betreffenden Kommunen erfolgen können. Diese tragen die unmittelbaren Folgen in Form von Flächenverbrauch, Verkehrsbelastung und Infrastrukturbedarf. Sie dürfen nicht nur Betroffene sein, sondern müssen sie von Anfang an als gleichberechtigte Partner beteiligt und in zentralen Entscheidungen eingebunden werden.

II. Leistung muss sich lohnen – vom Schlusslicht zum Aufsteigerland werden

Das Saarland ist mittlerweile Schlusslicht sowohl beim Wirtschaftswachstum, als auch bei der Entwicklung der sozialversicherungspflichtigen Beschäftigung. Tausende Stellen sind unbesetzt, während gleichzeitig die Arbeitslosigkeit steigt. Dieses Missverhältnis zeigt, dass es nicht an fehlenden Möglichkeiten, sondern hausgemachten Problemen, wie etwa falschen Anreizen oder unzureichender Qualifizierung liegt. Das Saarland muss wieder Aufsteigerland werden.

1. Anreize richtig setzen – Kurskorrektur herbeiführen

Leistung muss sich lohnen – für Arbeitnehmer, die mit ihrer Arbeit unsere Region tragen, ebenso wie für Unternehmer, die mit Mut ins Risiko gehen und Arbeitsplätze schaffen. Eigeninitiative verdient nicht nur Anerkennung, sondern braucht faire Rahmenbedingungen und die richtigen Anreize.

Ein Teil der Lösung muss die Korrektur des linken sozialpolitischen Irrwegs der letzten Jahre sein. Mit dem Bürgergeld ist dieses Verhältnis erodiert. Deshalb muss es schnellstmöglich durch eine neue Grundsicherung ersetzt werden, die eben das wieder ist, eine Grundsicherung, und keine Einladung zum Füße hochlegen. Sie muss Arbeiten wieder belohnen, Integration fördern und zugleich Menschen in Notlagen zuverlässig absichern.

Auch Überstundenzuschläge bei Vollzeitbeschäftigung steuer- und abgabenfrei zu stellen, sowie die Einführung einer Aktivrente, bei der man bis zu 2000 € pro Monat steuerfrei hinzuverdienen kann, sind wirksame Maßnahmen und Anreize, die schnellstmöglich umgesetzt werden müssen.

2. Fachkräftemangel bekämpfen – Bildungssystem stärken

Der Fachkräftemangel ist eine der größten Wachstumsbremsen. Ein Grund dafür liegt in den bitteren Konsequenzen der zwölfjährigen roten Bildungspolitik: Die Quo te an Jugendlichen ohne Hauptschulabschluss befindet sich inzwischen - anders als noch vor 10 Jahren - über dem Bundesdurchschnitt. Das ist ein Alarmsignal und wirkt sich unmittelbar auf die Berufswelt aus.

Es braucht dringend eine 180-Grad Wende im Bereich der saarländischen Bildungspolitik, um dem Arbeitsmarkt geeignete junge Menschen zur Verfügung zu stellen.

Mit der Abschaffung der zentralen Abschlussprüfungen beim Haupt- und mittleren Bildungsabschluss sagt die Landesregierung zudem nicht nur der Vergleichbarkeit, sondern auch Leistungsorientierung regelrecht den Kampf an. Wir setzen uns für mehr Transparenz und mehr Leistung im Bildungssektor ein, damit unsere Schulabschlüsse einen klaren Wert haben und eine verlässliche Aussage für Arbeitgeber darüber treffen, auf welchem Leistungsstand sich die Schüler befinden.

Weiter braucht es eine engere Verzahnung zwischen Schulen, Berufsschulen und Betrieben, um frühzeitig Perspektiven aufzuzeigen und Übergänge von der Schule in den Beruf zu erleichtern. Das reduziert Abbrecherquoten in Ausbildungsberufen und steigert die Verlässlichkeit für Arbeitgeber.

Bildung endet für uns nicht mit dem Schulabschluss. Im Sinne eines lebenslangen Lernens machen wir uns auch für eine spürbare Verbesserung der beruflichen Weiterbildungsmöglichkeiten stark. Wir setzen uns deshalb für die Gleichstellung von Meister und Master sowohl im Ansehen als auch bei der Förderung ein. Wir wollen, dass der Meister im Saarland kostenfrei wird. Gleichzeitig setzen wir auf eine passgenaue Fachkräftezuwanderung, die sich am Bedarf unserer Wirtschaft orientiert. Dafür wollen wir Behördenwege bündeln, eine schnelle Anerkennung geeigneter ausländischer Abschlüsse ermöglichen und Arbeitsvisa-Verfahren beschleunigen. Darüber hinaus setzen wir auf verpflichtende Deutschkurse für Fachkräftezuwanderer ab dem ersten Tag, um Integrationsprozesse zu beschleunigen und zu erleichtern.

3. Vereinbarkeit von Familie und Beruf erleichtern – Infrastruktur ausbauen

Ein weiteres Problem, das unseren Arbeitsmarkt unter Druck setzt, ist die leider nur unzureichende Vereinbarkeit von Familie und Berufsleben. Typischerweise leiden unter fehlenden Betreuungsangeboten frisch gebackene Eltern, die gern früher wieder arbeiten würden, dies aufgrund familiärer Verpflichtungen aber nicht können. Für uns ist klar: Wer arbeiten will, darf nicht durch mangelnde Infrastruktur ausgebremst werden. Der Ausbau von Kitas, Ganztagschulen und flexiblen Angeboten ist eine Grundvoraussetzung dafür, dass Familie und Beruf miteinander vereinbar sind.

III. Wettbewerbsfähigkeit am Standort fördern – Mittelstand stützen

Die Grundlage allen Wirtschaftens sind verlässliche Rahmenbedingungen und Planungssicherheit für Unternehmen durch stabile Energiepreise, Steuern und Abgaben. Die Politik in Land und Bund muss alles daran setzen, von den Unternehmen vor Ort nicht länger als Risikofaktor gesehen zu werden. Sie muss für verlässliche Rahmenbedingungen sorgen und Sicherheit geben, statt Verunsicherung zu verursachen.

1. Energiepreise nachhaltig senken – Stromsteuer aufs europäische Minimum

Das Saarland ist nicht nur als Industriestandort auf niedrige Energiepreise so angewiesen wie kaum eine andere Region, Mittelständler und Handwerksbetriebe leiden unter zu hohen Kosten und regulativem Druck oft am meisten. Die hohen Energiepreise sind ein massiver Standortnachteil für unsere Region. Deshalb fordern wir, die Stromsteuer nicht nur für das produzierende Gewerbe, sondern für alle Unternehmen dauerhaft auf das europäische Mindestmaß abzusenken. Das entlastet insbesondere Mittelstand und Handwerk, die bislang kaum von Entlastungsmaßnahmen profitieren, und schafft Planungssicherheit.

2. Mittelstand steuerlich entlasten – Wettbewerbsfähigkeit stärken

Der Mittelstand darf gegenüber der Industrie nicht ins Hintertreffen geraten. Dass die Landesregierung ihn erst für sich entdeckt, wenn ihre Großprojekte reihenweise scheitern, spricht Bände. Wir denken Industrie und Mittelstand von Anfang an zusammen und wollen die Attraktivität von Mittelstand und Handwerk als Arbeitgeber stärken. Deshalb setzen wir uns für spürbare Entlastungen ein. Dazu zählen die angekündigte Absenkung der Körperschaftsteuer schon vor 2028, aber auch eine Vereinfachung und Verbesserung von Abschreibungsmöglichkeiten. Wir sind für die Möglichkeit von Sofortabschreibungen für Digitalisierungs- und Strukturwandelinvestitionen. Sie stärken die Resilienz unseres Standorts und sichern Wertschöpfungsketten und Innovationspotenziale vor Ort. Gerade in Zeiten des Strukturwandels müssen wir die Innovationskraft unserer mittelständischen Betriebe erhöhen, anstatt sie künstlich klein zu halten.

3. Digitale Infrastruktur ausbauen – Standortattraktivität steigern

Eine moderne Wirtschaft braucht leistungsfähige Netze. Wir fordern eine Beschleunigung beim Glasfaserausbau und 5G Netz. Bundes- und EU-Fördermittel müssen konsequent und zeitnah abgerufen werden. Nur so verhindern wir, dass ländliche Räume abgehängt werden und sichern gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen in allen Teilen unseres Landes.

4. Regionale Wertschöpfungsketten stärken – Aufträge vor Ort halten

Wir setzen auf die Stärkung regionaler Netzwerke zwischen Industrie, Mittelstand und Handwerk. Aufträge, die hier entstehen, sollen möglichst auch hier vergeben werden. Das hält die Wertschöpfung in der Region, schafft Arbeitsplätze und sorgt für eine nachhaltige Stärkung unseres Wirtschaftsstandortes. Wir setzen uns für eine zentrale Plattform des Landes ein, auf der Betriebe Ausschreibungen und Bedarfe direkt einstellen und so einfach und unbürokratisch in Kontakt treten können.

IV. Bürokratieabbau – Freiräume für Wirtschaft und Unternehmergeist schaffen

Bürokratieabbau darf nicht länger nur Floskel sein. Seit Jahren erscheint das Thema zwar von der Politik erkannt, jedoch blieb eine spürbare Verbesserung bislang aus. Die stetig wachsende Überregulierung erschwert unseren Unternehmen den Alltag. Daran muss sich etwas ändern.

1. Berichtspflichten rückbauen – Entbürokratisierung schaffen

Wir setzen uns bei der Einführung neuer Berichtspflichten und bürokratischer Hürden für eine „One-in, two-out“ Regel ein, nach welcher für jede neue Berichtspflicht und Vorgabe zwei bestehende zwingend abgeschafft werden. Darüber hinaus braucht es einer gesetzlichen Regelung, wonach bürokratische Vorgaben nur noch befristet auf jeweils zwei Jahre erlassen werden und erst nach anschließender Evaluation verstetigt werden dürfen. Hierbei muss die Notwendigkeit einer neuen Regelung kritisch mit der zusätzlichen Belastung abgewogen werden und die Umsetzbarkeit in der Praxis gewährleistet sein. Wir positionieren uns kritisch zur vonseiten der Europäischen Union betriebenen Überregulierung und erwarten von der Bundesregierung, dieser Entwicklung entschiedener entgegenzutreten.

2. Förderverfahren erleichtern – Genehmigungen beschleunigen

Investitionsentscheidungen brauchen Tempo und Verlässlichkeit. Deshalb fordern wir, dass Genehmigungs- und Förderverfahren konsequent digitalisiert und mit für die Behörde verbindlichen Fristen versehen werden. Unternehmen dürfen nicht länger monatelang auf

behördliche Entscheidungen warten müssen. Besonders bei Investitionen in Arbeitsplätze und Zukunftstechnologien werden Tempo und Planungssicherheit benötigt. Daher lehnen wir, wo Investitionen und die Schaffung von Arbeitsplätzen angestrebt werden, eine verfahrenshemmende Wirkung von Verbandsklagen ab, da sie ansonsten eine Gefahr für die Wettbewerbsfähigkeit am Standort bedeuten.

V. Regionale Potenziale erkennen und ausschöpfen – Innovationskraft nutzen

Unser Standort verfügt über erhebliche wirtschaftliche Potenziale, die jedoch bis lang nicht konsequent genug erfasst und genutzt werden. Wir halten daher eine systematische Potenzialanalyse, um Schwächen zu erkennen, Stärken zu definieren und Zukunftsfelder gezielt zu entwickeln, für unerlässlich. Nur wer seine Chancen kennt, kann sie auch erfolgreich nutzen.

1. Kommunale Verantwortung stärken – Subsidiaritätsprinzip achten

Wir stehen zu kommunaler Eigenverantwortung und dem Subsidiaritätsprinzip. Unsere Kommunen wissen oft am besten um die lokalen Gegebenheiten, Bedürfnisse und Potenziale bei sich vor Ort. Der Erfolg des Industriegebiets „Lisdorfer Berg“ in Saarlouis zeigt beispielhaft für das ganze Saarland, wie mit lokalem Gestaltungswillen wirtschaftliche Dynamik entstehen kann. Solche Modelle befürworten wir auch bei übrigen Ansiedlungsvorhaben.

2. Innovationskraft fördern – Start-ups und Gründer unterstützen

Innovation ist der Schlüssel zu wirtschaftlichem Wachstum und Zukunftsfähigkeit. Deshalb wollen wir Start-ups und Gründer besser unterstützen. Wir wollen Gründerland werden. Dafür braucht es einen unkomplizierten Zugang zu Kapital, schnelle Genehmigungsverfahren und ein starkes Netzwerk. Besonders die Nähe zu Frankreich und Luxemburg birgt daher Potenziale, die man nicht verstreichen lassen darf. Insbesondere die Universität des Saarlandes kann unter anderem mit dem letztes Jahr eröffneten Innovation-Center einen entscheidenden Beitrag leisten.

Wir wollen wieder verstärkt mittelständische Unternehmen und Start-ups weltmarktfähig machen. Unternehmen wie MEISER, Ursapharm, Globus, Hager und einige weitere zeigen, dass Expansion mit den richtigen Rahmenbedingungen gelingen kann. Deshalb unterstützen wir die Forderung nach einem saarländischen Start-up Fonds, der aus Landesmitteln befüllt und zusätzlich für private Anleger geöffnet wird, um den bisher unzureichenden Zugang zu Risiko- und Wagniskapital zu verbessern. Weiter bedarf es einer Prüfung zur Möglichkeit steuerlicher Erleichterungen für Start-ups in den ersten drei Jahre nach Gründung.

3. Freiflächen für Investitionen sichern

Flächen, die für Industrie- und Zukunftsinvestitionen zur Verfügung stehen, müssen klar ausgewiesen und aktiv vermarktet werden. Beispielsweise das ehemalige Kraftwerkgelände in Ens Dorf ist mit seiner exzellenten Anbindung an Autobahn, Schienennetz, den Schifffahrtsweg und das Ausland ein Vorzeigegrundstück im Saarland und doch wurde es nach der Insolvenz und dementsprechend geplatzten Ansiedlung von Wolf speed lange nicht als Freifläche gekennzeichnet. Hier fordern wir eine spürbare Beschleunigung laufender Prozesse. Insbesondere müssen alle zur Verfügung stehenden Plattformen und Vermarktungsmöglichkeiten genutzt werden.

VI. Kommunen finanziell entlasten – finanzielle Spielräume schaffen

Die nach wie vor strukturelle Finanzschwäche unserer Kommunen gepaart mit stetig wachsenden Aufgaben und einer erdrückenden Schuldenlast ist eine der größten Herausforderungen für den Wirtschaftsstandort Saarland. Die Kommunen sind das Rückgrat unseres Landes. Hier entscheidet sich, ob Wirtschaft, Gesellschaft und Politik vor Ort funktionieren. Ohne eine grundlegende Stärkung der kommunalen Ebene kann der Strukturwandel nicht gelingen. Deshalb setzen wir auf eine Politik, die den Kommunen neue Freiräume eröffnet und ihre Handlungsfähigkeit dauerhaft sichert.

1. Infrastrukturinvestitionen ermöglichen – Sondervermögen weitergeben

Die Transformation gelingt nur, wenn die kommunale Infrastruktur mithalten kann. Schulen, Kitas, Straßen, digitale Netze und klimafeste Daseinsvorsorge sind unverzichtbare Grundlagen für wirtschaftliches Wachstum, aber auch Lebensqualität. Während die Landesebene von den neuen Schuldenregeln für die Länder profitiert und sich mit dem milliardenschweren Transformationsfonds die nötigen Spielräume geschaffen hat, um den Strukturwandel zu bewältigen, werden die saarländischen Kommunen bisher sträflich vernachlässigt. Eine Weitergabe von gerade einmal 60 % der Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen Infrastruktur ist nicht nur sachlich unzureichend, sondern entbehrt auch jeder landespolitischen Logik. Deshalb bekräftigen wir nochmals unsere Forderung danach, die Mittel aus dem Bundes-Sondervermögen Infrastruktur vollumfänglich den Kommunen zuzuführen, damit auch sie den künftigen Herausforderungen gerecht werden können und die kommunale Infrastruktur nicht im Zuge des Strukturwandels völlig abgehängt wird.

2. Altschulden abbauen – Zukunft statt Zinslasten finanzieren

Viele saarländische Kommunen sind durch jahrzehntelange Verschuldung mittlere weile strukturell handlungsunfähig. Anstatt in Zukunftsprojekte investieren zu können, fließt ein erheblicher Teil der Haushalte in Zinszahlungen. Wir versprechen uns von der Weitergabe der Mittel aus dem Sondervermögen Infrastruktur neu entstehende haushälterische Freiräume zur Bewältigung kommunaler Aufgaben. Dennoch bleiben Bund und Land in der Pflicht und der gemeinsamen Verantwortung, eine faire Altschuldenregelung auf den Weg zu bringen, um den Kommunen dauerhaft neue Handlungsspielräume zu eröffnen.

VII. Ausblick und Perspektiven

Das Saarland steht vor einem historischen Wendepunkt. Der Strukturwandel ist nicht mehr eine ferne Herausforderung, sondern längst harte Realität. Wir können uns weder Stillstand noch Planlosigkeit leisten. Jetzt ist die Zeit, entschlossen die Weichen für die Zukunft zu stellen – mit einer Politik, die den Menschen vor Ort neue Perspektiven eröffnet, Betrieben und Beschäftigten Sicherheit gibt und unsere Region zu einem starken, modernen und lebenswerten Standort macht.

Unser Anspruch ist klar: Wir wollen das Saarland vom Schlusslicht zum Aufsteigerland machen. Dazu braucht es eine Wirtschaftspolitik, die Realität anerkennt, Chancen nutzt und Hindernisse beseitigt. Eine Politik, die Industrie, Mittelstand, Handwerk und Kommunen nicht gegeneinander ausspielt, sondern zusammen denkt.

Heute an morgen denken heißt für uns: Zukunft nicht nur ankündigen, sondern sie gestalten – entschlossen, pragmatisch und mit aller Kraft für unsere Region.

303

304 **Begründung:**

305 erfolgt mündlich